

Schweiz will Millionen in Schrottreaktoren verlocken

Autor(en): **Girschweiler, Gerhard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1993)**

Heft 1

PDF erstellt am: **01.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586303>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweiz will Millionen in Schrottreaktoren verlocken

Linderung des Treibhauseffektes und Risikoverminderung einer neuen AKW-Katastrophe dienen der Atomlobby als Werbeargument für neue Atomreaktoren in Osteuropa. Der nukleare Sanierungs-Irrsinn ist indes eine pure Geldverschwendung. Die Welt würde weit strahlungssicherer und umweltfreundlicher, wenn dasselbe Geld für die Verminderung der katastrophalen Energieverschwendung ausgegeben würde. Stattdessen will das Eidgenössische Parlament Millionen in die nicht sanierungsfähigen Ost-AKW verlocken.

Auf dem Weg vom internationalen Flughafen Scheremetsjewe taucht aus dem Moskauer Dunst ein Monster auf: Ein halbes Dutzend dampfender Kühltürme, ebenso viele rostig rötliche Gaskessel, bröckelnde Bachsteinkolosse ohne Fenster, ein Gewirr von zischenden Pipelines, die irgendwo im Boden verschwinden. "Tuschino 3", sagt der Taxifahrer. Ein Heizkraftwerk, das die Satellitenstadt Tushino mit einer Bevölkerung von 100 000 Menschen mit Strom und Fernwärme versorgt.

Es ist Dezember, auf der holprigen Strasse biegen wir ins Quartier unserer Gastgeberin ein. Immer wieder steigen Dampfahnen aus Dohlen am Strassenrand auf. Leckende Wärmeipipelines.

Ein Flügel des Fensters in der kleinen Zweizimmerwohnung steht offen. Dies ist die einzige Möglichkeit, die Wärme in der Wohnung zu regulieren. Es existieren keine Ventile an den Radiatoren; unten kommt

die heisse Wasserleitung herein, oben geht sie hinaus in die nächste Wohnung - durch 20 Stockwerke.

Untersuchungen, unter anderem in einem Bericht der Energiekommission der United Nations, ergeben, dass 40 Prozent des gegenwärtigen Energiekonsums von Moskau eingespart werden könnten, wenn auf allen Ebenen heutiger westlicher Standard eingesetzt würde.

Der private Energieverbrauch ist indes vergleichsweise gering. Die wenigsten Russinnen und Russen können sich ein Auto leisten. Ausser Kühlschränken und Fernsehapparaten findet man kaum elektrische Apparate in russischen Haushalten. Der Haushaltsstromverbrauch lag 1988 für die UdSSR denn auch lediglich bei 350 kWh pro Kopf, während die Schweizer und Schweizerinnen fast sechsmal mehr, nämlich rund 2000 kWh in ihren Wohnungen konsumieren.

Und trotzdem liegt in der Mangelwirtschaft Russlands der gesamte Primärenergieverbrauch pro Kopf etwa gleich hoch wie in unserer Konsumgesellschaft. Und die Russen produzieren mit dieser Energie pro Franken etwa acht mal weniger als die Schweizer.

Die Struktur der Energienachfrage in ganz Osteuropa zeigt, dass vor allem im industriellen Sektor, insbesondere in der Schwerindustrie wegen veralteten Technologien, schlechter Wartung und Schliedriren viel Energie verpufft. Die Leitungsverluste für Energieträger sind extrem hoch. Im Hochspannungsnetz liegen sie laut einem Bericht des Osteuropa-Instituts München um 30 bis 50 Prozent über demjenigen der westlichen Industriestaaten. Innert zweieinhalb Jahren wurden allein an den wichtigsten Erdöl- und Erdgasleitungen Westsibiriens 50 Havarien bekannt, bei denen über 10 000 Tonnen Erdöl und mehrere Zehnmillionen Kubikmeter Erdgas ausgetreten sind. Für den gesamten

Transport und die Verarbeitung sowie den ineffizienten Einsatz wird von einem Verlust von etwa einem Drittel der Produktion ausgegangen. Zum wirtschaftlichen Aspekt hinzu kommen die Umweltschäden durch auslaufendes Erdöl und durch das stark treibhauswirksame Methangas aus den leckenden Gasleitungen.

Riesiges Sparpotential

In Osteuropa besteht also ein riesiges Energiesparpotential. Dieses gilt es in erster Linie anzuzapfen statt AKW zu sanieren oder neue zu bauen. Im Projekt "Energie Effizienz 2000" der United Nations geht es um konkrete Pilotprojekte wie das Tuschin 3 in Moskau, dessen Sanierung als nachahmenswertes Vorbild dienen soll. Die

Stadtverwaltung hat ein konkretes Massnahmenpaket geschnürt, das unter anderem eine Modernisierung der Energieproduktionsanlagen vorsieht, Verbrauchsmessung, Temperaturregulatoren in den Wohnungen und Isolationsarbeiten an den Gebäuden. Ausgeführt werden soll das Projekt von einem Konsortium aus lokaler Verwaltung, städtischen Unternehmen, Rüstungsbetrieben, die auf zivile Tätigkeiten umrüsten sowie einigen westlichen Firmen. Die Probleme zur Durchsetzung solcher Projekte sind allerdings vielfältig: Das Anheben der Preise der subventionierten Energie als Anreiz zum Sparen stösst auf Widerstand. Der beträchtliche technologische Rückstand der östlichen Industrie führt weiter dazu, dass innovative Spartechnologien nur über Importe und Lizenzen durchgeführt werden können. Dazu braucht es aber Geld. Schweizer Geld zum Beispiel.

Als Finanzierungsansätze werden neben den klassischen Wegen der Kreditfinanzierung auch projektbezogene Bartergeschäfte (Ware ge-

Gas statt Atom

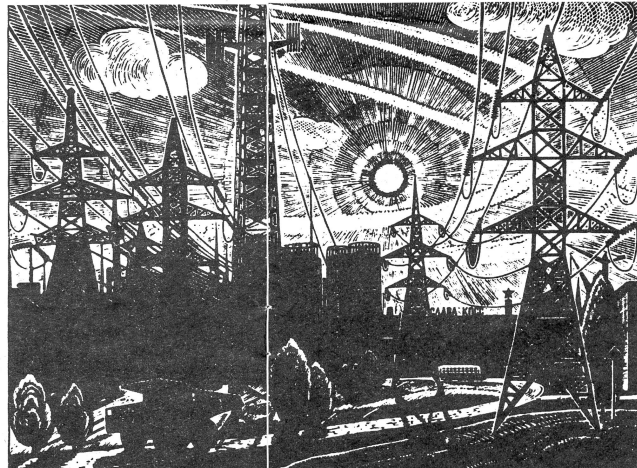
"Der Bundesrat setzt sich für die Stilllegung der unsichersten AKW in den ost- und mitteleuropäischen Staaten ein und fördert an deren Stelle die Sanierung des lecken Erdgasnetzes und die rationelle Nutzung der Energie". So lautet der Minderheitsantrag von SP und GP der ausserpolitischen Kommission des Nationalrates zum Geschäft "Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten". Der Nationalrat wird in der Frühjahrsession Anfang März über die Aufstockung des Osthilfekredits um weitere 600 Millionen Franken entscheiden. Die SES fordert die Nationalräte auf, den Minderheitsantrag zu unterstützen, da die Sanierung der lecken GUS-Gasleitungen und eine rationellere Nutzung der Energie die AKW überflüssig machen. Die Verminderung des austretenden Methangases aus den alten Pipelines reduziert zudem den Treibhauseffekt.

gen Ware) diskutiert und bereits praktiziert. Solche Geschäfte wollen auch schweizerische Stromproduzenten eingehen, wie die NOK mit der ehemaligen CSFR oder der Ukraine. Sie finanzieren dabei den Import von westlicher Steuer- und Regeltechnik für die veralteten Kohle- oder Atomkraftwerke und lassen sich diese Investitionen über zukünftige Stromlieferungen bezahlen. Die Schweizerische Energie-Stiftung SES kritisierte dieses Vorgehen als neuen "Öko-Kolonialismus". Das Institut für angewandte Ökologie der Freien Universität Berlin kommt in einem Gutachten zum Schluss, dass der einzig gangbare Weg für eine erfolgsversprechende Finanzierung reine Transferleistungen durch die westlichen Industrieländer ist. Damit diese aber möglichst grosse wirtschaftliche Impulse und ökologische Entlastungseffekte auslösen, müssen die westlichen Zuwendungen effizient sein. Investitionen in AKW-Nachrüstungen auf ein vage beschriebenes Sicherheitsniveau erfüllen diese Minimal Kriterien nicht.

600 000 Millionen Franken für Osteuropa

Die Schweiz unterstützt im Rahmen ihres Osteuropakredits (800 Millionen Franken) verschiedene Projekte im Umweltschutzbereich in Mittel- und Osteuropa. Der Ständerat hat im Dezember 1992 eine zweite Tranche von 600 Millionen Franken für Osthilfe, die jetzt auch die GUS einschliesst, bewilligt. Das Geld soll für kulturelle, ausbildungssche und umweltschützerische Massnahmen eingesetzt werden. Im Energiebereich will der Ständerat viel Geld für die Sanierung der maroden östlichen AKW ausgeben. Dabei kommen verschiedene Studien, darunter ein Bericht der Weltbank, zum Schluss, dass alle Typen ohne Containment, darunter gehören die Tschernobyl-Typen, nicht mehr sanierungsfähig sind. Die strahlungssicherste Massnahme ist deshalb die möglichst rasche Stilllegung der AKW. Das Geld muss dafür in Sanierungsprojekte wie Tuschino 3 eingesetzt werden. Im Schweizer Osthilfekredit wird aber mit keinem Wort die rationelle Energienutzung erwähnt. Anfang März wird der Nationalrat über den Kredit entscheiden (siehe Kasten "Gas statt Atom"). Antony A. Churchill, Direktor für Industrie und Energie der Weltbank in Washington sagt in einem Bericht: "Wenn nicht alle östlichen AKW ohne Containment möglichst rasch stillgelegt werden, kommt das einem russischen Roulette mit 12 Schuss gleich.

Gerhard Girschweiler



Schweizer Geld auch im Osten besser in die effiziente

ziente Energienutzung investieren statt in marode AKW. Bild: PRAWDA